



Unterrichtungsvorlage

Vorlage-Nr.:	UV/0247/2013		Datum:	05.09.2013
Bürgermeisterin				
Verfasser:	50-Amt für Jugend, Familie, Senioren und Soziales	Az:	504001	
Gremienweg:				
21.10.2013	Haupt- und Finanzausschuss	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitlich	<input type="checkbox"/> ohne BE
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis	<input type="checkbox"/> abgesetzt
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt	<input type="checkbox"/> geändert
	TOP nicht öffentlich	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>
				Gegenstimmen
20.11.2013	Schulträgerausschuss	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitlich	<input type="checkbox"/> ohne BE
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis	<input type="checkbox"/> abgesetzt
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt	<input type="checkbox"/> geändert
	TOP öffentlich	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>
				Gegenstimmen
19.09.2013	Jugendhilfeausschuss	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitlich	<input type="checkbox"/> ohne BE
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis	<input type="checkbox"/> abgesetzt
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt	<input type="checkbox"/> geändert
	TOP öffentlich	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>
				Gegenstimmen
Betreff:	Schulsozialarbeit			

Unterrichtung:

In den Jahren 2011 bis 2013 standen bzw. stehen Bundesmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket für die Förderung von Schulsozialarbeit zur Verfügung. Mit diesen Mitteln wurden folgende Projekte gefördert:

Kinder- u. Jugendhilfe Arenberg Schulsozialarbeit an Grundschulen	150.000,- €
Caritasverband Schulsozialarbeit an Gymnasien	125.000,- €
Internationaler Bund Schulabsentismus	103.000,- €

Leider muss die Verwaltung feststellen, dass es keine Anzeichen dafür gibt, dass nach Ablauf des 31.12.2013 auf Bundes- oder Landesebene Mittel zur weiteren Finanzierung der Projekte bereitgestellt werden. Zwar hat der Bundesrat eine entsprechende Gesetzesinitiative auf den Weg gebracht; die Bundesregierung lehnt die Weiterfinanzierung unter Hinweis auf die Entlastungen der Kommunen bei der Grundsicherung im Alter allerdings ab. In der ersten Lesung im Bundestag am 13.6.2013 wurde seitens der Regierungskoalition angekündigt, den Gesetzentwurf abzulehnen. Frau Ministerin Malu Dreyer hat mitgeteilt, dass das Land nicht in der Lage ist, die wegfallenden Bundesmittel zu kompensieren.

Ohne die Sicherstellung der Finanzierung der Projekte durch Bund und/oder Land ist die Stadt Koblenz aufgrund des Eckwertebeschlusses nicht in der Lage, die erforderlichen Mittel in Höhe von jährlich rund 378.000,- € aufzubringen.

Unabhängig hiervon wird das System der landesgeförderten Stellen der Schulsozialarbeit an Realschulen plus, integrativen Gesamtschulen und Berufsschulen aufrechterhalten. Es steht aufgrund des Haushaltsentwurfes der Landesregierung zu erwarten, dass die Landesförderung für diese Stellen wieder auf den Stand 2011 gebracht werden kann, d.h. 30.600,- € pro Vollzeitstelle, nachdem sie in den Jahren 2012 und 2013 aufgrund der BuT-Mittel gekürzt worden sind.